



Bezirksregierung Arnsberg beanstandet Brandmauerbeschluss im Dortmunder-Stadtrat

Von Dr. Dirk Klante

Die Geschichte begann am 13.02.2025 und ist aktuell noch nicht abgeschlossen.

Damals beschloss der Rat der Stadt Dortmund mehrheitlich mit Stimmen der SPD, Grünen, Linken und Die Partei erneut eine Brandmauer gegen die AfD.

AfD, CDU und FDP/Bürgerliste stimmten dagegen. Die Bezirksregierung hatte den Beschluss bereits vor Wochen beanstandet.

Die Bezirksregierung prüft den Beschluss aktuell erneut. Es ist davon auszugehen, dass sie ihn erneut beanstandet. Die Stadt könnte dagegen vor dem Verwaltungsgericht klagen. Ob die Klage erfolgreich sein wird, ist fraglich, da das Verwaltungsgericht Düsseldorf einen vergleichbaren Brandmauerbeschluss des Rates der Stadt Kaarst für rechtswidrig erklärte.

Die Kommunalaufsicht in Arnsberg ist der Auffassung, dass der Beschluss Politiker der AfD zu Ratsmitgliedern zweiter Klasse degradiere und bezieht sich explizit auf das Düsseldorfer Urteil.

In dem Beschluss des Rates der Stadt Dortmund heißt es explizit: „Sollte sich abzeichnen, dass eine Mehrheit

nur mit diesen Stimmen zustande kommt, wird auf eine Beschlussfassung verzichtet“.

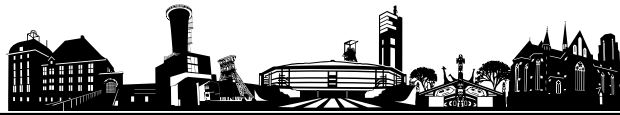
In der Praxis bedeutet das: Wenn eine Verkehrsampel, Spielplatz etc. gebaut werden sollen und dies nur mit Stimmen der AfD möglich ist, wird eben nichts gebaut, auch wenn dies in Teilen von SPD, Grüne, Linke und Die Partei befürwortet würde. Leidtragende sind die Bürger der Stadt Dortmund, egal welche Partei sie gewählt haben. Den Brandmauerparteien ist am Ende ihre Ideologie wichtiger als ihre eigenen Wähler. Sie verachten sogar ihre eigenen Wähler.



Daumen hoch für die Bezirksregierung Arnsberg.

Daumen runter für die Brandmauerparteien in Dortmund.

Quelle: <https://www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/dortmund-brandmauer-gegen-afd-stadtrat-kritik-100.html>



Offene Grenzen, geschlossene Augen!

Von Christoph Labaj

Verstöße gegen das Aufenthalts- und Asylrecht werden fast nie geahndet. Exemplarisch dafür steht hier die rotgrün regierte Hansestadt Hamburg. Im letzten gab es Jahr über 9.500 Verstöße aber nur sieben Anklagen (1). Das sind lächerliche 0,08 %!

Wenn die rechtlichen Möglichkeiten denn tatsächlich oft begrenzt sind, wirft es die Frage auf, warum Politik und Behörden angesichts offener Grenzen und der anhaltenden Massenmigration seit 2015 keine klareren Regeln und besseren Ressourcen schaffen. Will man das Problem nicht sehen? Augen zu und durch?

Selbst Gelsenkirchens OB Karin Welge (SPD) musste 2024 endlich öffentlich einräumen, dass unsere

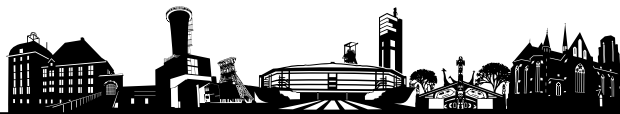
Stadt massive Probleme mit Armutsmigration und Sozialleistungsmissbrauch hat, obwohl die AfD-Ratsfraktion Gelsenkirchen auf die Lage überdurchschnittlich oft hingewiesen hatte (2).



Diese Versäumnisse sind kein lokales Einzelproblem, sondern Teil eines größeren Musters: Ein Staat, der Verstöße nicht konsequent verfolgt, schafft Pull-Faktoren und gefährdet nicht nur sich selbst, sondern auch seine Bürger. Rechtsstaatlichkeit darf kein Papiertiger sein – sie muss überall gelten, ob in Hamburg oder Gelsenkirchen.

Quelle: <https://bild.de/politik/inland/tausende-faelle-7-anklagen-asyl-taten-landen-fast-nie-vor-gericht-68ea0d40e2c04640049db2ef> (1)
https://youtu.be/Uin_FF9GrUw (2)





Windrad-Rekord in NRW ist kein Erfolg, sondern Warnsignal!

Von Dr. Dirk Klante und Christoph Labaj



Was unsere Landesregierung als großen Fortschritt verkauft, ist tatsächlich ein Grund zur Sorge. Gelsenkirchen hat mit dem Strukturwandel genug Lasten getragen. Jetzt sollen die hiesigen Landschaften auch noch mit immer gigantischeren Windrädern zugestraft werden, nur damit Düsseldorf und Berlin ihre grünen Wunschzahlen erfüllen können. Dabei weiß jeder, dass Windenergie keinen verlässlichen Strom liefert und auf Subventionen angewiesen ist. Während Bürger und Unternehmen unter hohen Energiepreisen leiden, feiert sich Schwarz-Grün selbst für immer neue Windrad-Projekte. Die AfD Gelsenkirchen bekräftigt: „Wir brauchen keine noch höheren Windräder, sondern eine sichere Grundlastversorgung. Das wäre mal ein echter Fortschritt.“

Die AfD fordert:

1. Sofortiger Stopp der Zerstörung von intakter Energieinfrastruktur wie Kohlekraft- und Atomkraftwerke

Hier nur vier Beispiele:

Zerstörung des modernsten Kohlekraftwerks der Welt in Moorburg im November 2024.

Zerstörung des Kohlekraftwerks in Ibbenbüren im April 2025.

Zerstörung des Kohlekraftwerks Gelsenkirchen-Scholven im September 2025

Zerstörung des Kernkraftwerks in Grundremmingen im Oktober 2025.

2. Sofortiger Wiedereinstieg in die Kernenergie

3. Kohlekraft ausbauen

4. Beschaffung von preiswertem Erdgas, egal woher

5. Vollständige Einstellung aller Förderprogramme für die Solar- und Windindustrie

6. Zusatzbesteuerung von Energie durch EEG-Zulage und CO2-Bepreisung sofort auf null setzen

7. Deshalb AfD wählen!

Quelle: <https://waz.de/wirtschaft/article410267582/ausbau-der-windenergie-in-nrw-unter-schwarz-gruen-faellt-ein-alter-rekord.html>